



Positionen zur Bundestagswahl 2017

Fünf politische Impulse



Liebe Leserinnen und Leser,

die Regulierung der Finanzwirtschaft, der Verbraucherschutz und die Altersvorsorge: All das hat mit Politik zu tun, aber auch mit unserer Arbeit als einer der führenden Anbieter von Investmentfonds in Deutschland. Denn der Aufbau und die Sicherung von Vermögen spielen eine wichtige Rolle beim Erhalt von Wohlstand und sozialem Frieden.

Als Teil der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe rund um die Volksbanken und Raiffeisenbanken bietet Union Investment als Fondsgesellschaft Finanzanlage- und Risikomanagementlösungen für über vier Millionen Privatkunden, institutionelle Kunden und Immobilienkunden. Insgesamt verwalten wir ein Vermögen von über 280 Milliarden Euro. Wir widmen uns dieser Aufgabe seit mehr als 60 Jahren. Damit übernehmen wir gesellschaftliche Verantwortung über unser Fondsgeschäft hinaus.

Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir uns mit unserer Erfahrung in die aktuellen Diskussionen rund um Finanzmarkt- und Altersvorsorgepolitik einbringen und die inhaltlichen Debatten der kommenden Monate aktiv begleiten. Durch unsere Informationen und Positionen möchten wir Impulse für die politische Meinungsbildung geben.

Mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft finden Sie daher auf den folgenden Seiten unsere Position zu fünf zentralen Politikfeldern. Wir gehen davon aus, dass diese bei der Weiterentwicklung des finanzpolitischen Rahmens auch in der folgenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine wichtige Rolle spielen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre, danken schon im Voraus herzlich für Ihr Interesse und stehen für Rückfragen mit unserem Team jederzeit zur Verfügung. Kommen Sie gerne auf uns zu.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Joachim Reinke
Vorsitzender des Vorstands
Union Investment

Die Politikfelder im Überblick

Wirtschaft

Fondsgesellschaften sind Partner für Wachstum, Innovation und Wohlstand

4

Soziale Sicherheit

Private Altersvorsorge stabilisiert das deutsche Altersvorsorgesystem

6

Verbraucherschutz

Koexistenz von Honorar- und Provisionsberatung sichert breiten Zugang zur Anlageberatung

8

Kapitalmärkte

Besonderheiten eines deutschen Erfolgsmodells erhalten

10

Finanzmarktstabilität

Gezielte Regulierung verbessert Stabilität und vermeidet volkswirtschaftliche Schäden

12



Wirtschaft

Fondsgesellschaften sind Partner für Wachstum, Innovation und Wohlstand

Fondsvermögen schafft wichtiges Kapital für den Wirtschaftsstandort



● Bundeshaushalt¹

○ Von Fondsgesellschaften verwaltetes Vermögen²

8 X größer

als der deutsche Bundeshaushalt ist das von deutschen Fondsgesellschaften verwaltete Vermögen.

Fondsindustrie sichert Wohlstand in Deutschland

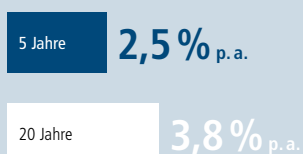
Wertentwicklung...



... von Aktienfonds Deutschland³



... von Offenen Immobilienfonds³



61%

der deutschen Gesamtbevölkerung legen mittlerweile direkt oder indirekt in Fonds an.⁴

Positionen zur Bundestagswahl 2017

Fondsgesellschaften sollten als tragende Säule der Wirtschaft wahrgenommen werden

Fondsgesellschaften bilden neben Banken und Versicherern die dritte Säule der Finanzwirtschaft. So übernehmen Investmentfonds eine verlässliche Brückenfunktion für die Wirtschaft: Fondsgesellschaften bringen das Kapitalangebot von Sparern und die Kapitalnachfrage von Unternehmen und öffentlicher Hand zusammen. Durch ihr diversifiziertes Anlageuniversum unterstützen Investmentfonds die Liquiditätsversorgung mit Eigen- und Fremdkapital für weiteres Wachstum, Innovation und Wohlstand.

Mit einem treuhänderisch und im Auftrag der Anleger verwalteten Vermögen von rund 2.600 Milliarden Euro sind Fondsgesellschaften der größte Verwalter von Kapital in Deutschland. Der Geschäftsbetrieb ist darauf ausgerichtet, Investmentvermögen zu verwalten und im Interesse der Kunden zu handeln.

Unter allen Kapitalanlagen genießen Investmentfonds den höchsten institutionalisierten Schutz. Sie bieten Anlegern Transparenz, und die Vermögensgegenstände werden gesondert von dem Vermögen der Fondsgesellschaft von einer separaten Verwahrstelle verwahrt. Investmentfondsvermögen sind Sondervermögen und nicht Teil der Bilanz der Fondsgesellschaften.

Diese Vorteile nutzen über 50 Millionen Deutsche, die ihr Vermögen entweder direkt in Publikumsfonds oder indirekt etwa über Versicherungen und Versorgungswerke in Spezialfonds investieren.

„Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Die Finanzierung von Infrastruktur, Digitalisierung sowie der nachhaltigen Ausrichtung des Wirtschaftsstandorts ist sicherzustellen. Hierzu ist eine Stärkung privater und öffentlicher Investitionen erforderlich. Die Erarbeitung von Finanzierungsmöglichkeiten bedarf eines umfassenden Ansatzes. Alle wesentlichen Akteure sollten berücksichtigt werden. Auf der Kapitalseite sind dies Banken, Versicherer und Fondsgesellschaften.“



Soziale Sicherheit

Private Altersvorsorge stabilisiert das deutsche Altersvorsorgesystem

Riester-Verträge genießen hohe Akzeptanz



● Riester-Verträge⁵

● Riester-Investmentfondsverträge⁶

64,7%

der Riester-Sparer, die eine Zulage empfangen, haben ein Einkommen von weniger als 30.000 Euro pro Jahr.⁷

45,6% beträgt der Anteil bei der Einkommensgruppe unter 20.000 Euro pro Jahr.⁷

Riester-Fondssparpläne bringen deutlichen Zuwachs

Der Zuwachs pro Jahr durch Wertentwicklung und Zulagen beträgt ...



14,7%

bei einer Familie mit zwei Kindern⁸



8,4%

bei einem Single mit Zulage⁸

und ...



7,0%

bei einem Single ohne Zulage⁸

Positionen zur Bundestagswahl 2017

Das bewährte Drei-Säulen-Modell der Altersvorsorge sollte erhalten und ausgebaut werden

Das System der Altersvorsorge in Deutschland steht aufgrund der demografischen Entwicklung seit Längerem auf dem Prüfstand. Die Positionen und Vorschläge für eine Reform sind dabei breit gefächert.

Tatsache ist, dass die gesetzliche Rente künftig nicht mehr ausreichen wird. Neben der krisenfesten umlagefinanzierten Rente ist daher auch eine starke kapitalgedeckte Vorsorge notwendig. Entsprechend muss das bewährte Drei-Säulen-Modell bestehend aus gesetzlicher Rente, betrieblicher Altersvorsorge und privater Vorsorge weiterentwickelt werden und das Vertrauen der Bevölkerung in dieses System gestärkt werden. Die gesetzliche Rente bleibt dabei eine der wichtigsten Säulen der Altersvorsorge. Sie kann jedoch nicht mehr alleine eine ausreichende Versorgung im Alter leisten. Dafür ist eine zusätzliche private und/oder betriebliche Vorsorge zwingend erforderlich.

Die Kombination über drei Säulen hat sich in der Vergangenheit bewährt und ist zukunftsfähig. Dabei haben beispielsweise die Riester-Fondssparpläne die angestrebte Zielgruppe erreicht und zudem ordentliche Renditen erzielt. Sie haben somit in den vergangenen Jahren effektiv ihren Beitrag zur Schließung von Versorgungslücken unter Beweis gestellt.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, die Diversität der bestehenden Säulen zu erhalten und das System gleichzeitig zukunftsgerichtet weiterzuentwickeln. Im Hinblick auf die unterschiedlichen privaten Altersvorsorgelösungen ist es jedoch wichtig, bei jeder Entscheidung zur Weiterentwicklung den Zugang zu transparenten und vergleichbaren Informationen und zu einer verantwortungsvollen Beratung zu erhalten.

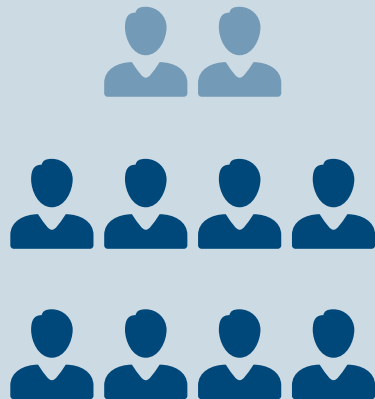
„Die demografische Entwicklung und die Auswirkungen auf die gesetzliche Rentenversicherung erfordern eine zusätzliche Altersvorsorge. Das bestehende Drei-Säulen-Modell ist zukunftsfähig. Für private Altersvorsorgeprodukte wird durch die Einführung des Produktinformationsblattes ab 2017 die Kostentransparenz erhöht und der Wettbewerb verschärft. Das System der Altersvorsorge bedarf jedoch der Weiterentwicklung. Bei privaten Altersvorsorgelösungen sollte beispielsweise bei Riester-Verträgen keine Anrechnung auf die Grundsicherung erfolgen, Fördergrenzen sowie Zulagen sollten angehoben und der Kreis der Förderberechtigten sollte erweitert werden.“



Verbraucherschutz

Koexistenz von Honorar- und Provisionsberatung sichert breiten Zugang zur Anlageberatung

Persönliche Beratung in Bankfilialen erwünscht

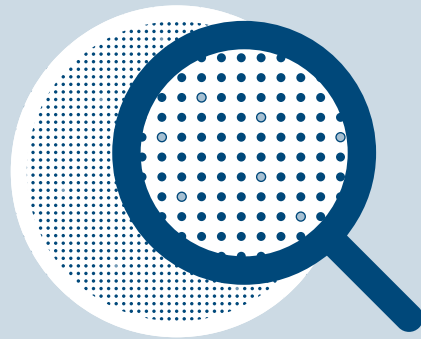


80%

beträgt der Anteil der Personen, die die Filiale besuchen und deren Bedeutung als gleichbleibend oder weiter zunehmend einschätzen.⁹

Bei Personen ohne Filialbesuch beträgt dieser Anteil 72%.⁹

Vielfalt der Beratungsformen sichert gute Beratung



0,007%

beträgt der Anteil der Beschwerden bei Anlageberatungen im Jahr 2015.

Für 2015 wurden im Beschwerderegister der BaFin insgesamt 4.628 Beschwerdefälle registriert.¹⁰ Es erfolgt keine Unterscheidung zwischen begründeten oder unbegründeten Beschwerden. In Deutschland gibt es jährlich etwa 70 Millionen Anlageberatungen.

Positionen zur Bundestagswahl 2017

Die Wahlfreiheit zwischen Honorar- und Provisionsberatung sollte gesichert werden

Das Internet eröffnet neue Zugangsmöglichkeiten zu Finanzprodukten und -dienstleistungen und damit neue Nutzungs- und Geschäftsmöglichkeiten. Aber nicht alles, was technisch möglich ist, ist für alle Kunden geeignet oder erwünscht. Die direkte Anlageberatung spielt nach wie vor eine erhebliche Rolle, um dem individuellen Beratungsbedarf aller Kunden gerecht zu werden.

In Deutschland wurde mit dem Honoraranlageberatungsgesetz neben der bisherigen provisionsbasierten Anlageberatung auch die honorargestützte Anlageberatung gesetzlich etabliert. Beim honorarbasierten Modell wird die Beratung entweder mit einem Festpreis, als Prozentsatz des investierten Volumens, einer Gewinnbeteiligung oder einer Kombination abgegolten. In der öffentlichen Wahrnehmung dominiert die Honorarberatung auf Stundenbasis. Beim provisionsbasierten Modell dagegen wird die Beratung im Rahmen der Kostenstruktur des Finanzprodukts bezahlt.

Eine verpflichtende Honorarberatung führt zur sozialen Ausgrenzung. Daten aus Großbritannien zeigen, dass seit Einführung des Provisionsverbots vor allem Kunden mit größerem Vermögen beraten werden.¹¹ Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen oder Vermögen bleiben von einer qualifizierten Anlageberatung ausgeschlossen. Damit geht nach der Vermögensschere auch die Beratungsschere auf. Dies sollte in Deutschland vermieden werden.

Hierfür bilden die Finanzinstitute vor Ort, zum Beispiel die 1.021 eigenständigen Volksbanken Raiffeisenbanken mit ihren über 18,3 Millionen Mitgliedern sowie dem vorherrschenden Geschäftsmodell der Provisionsberatung, eine solide Basis.

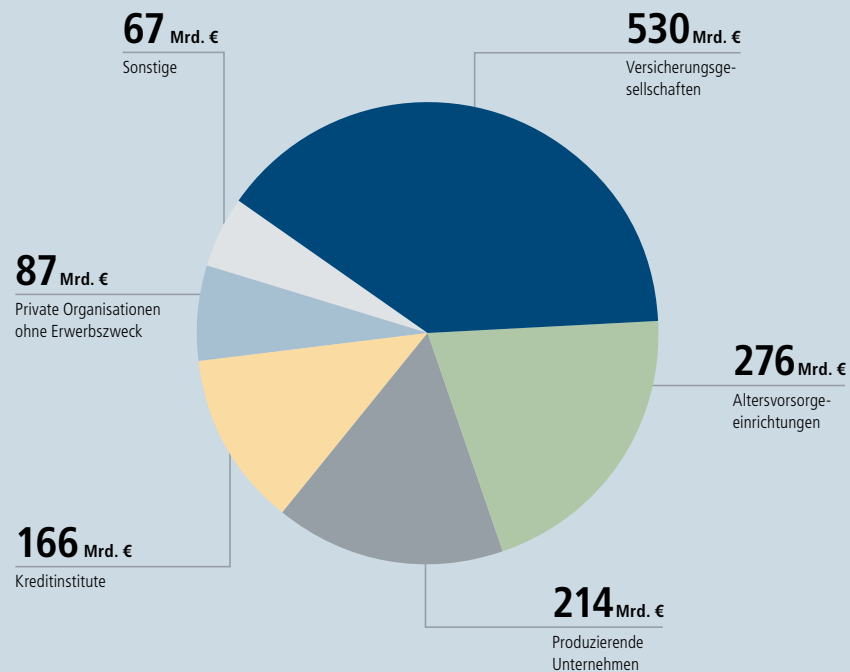
„Allen Bürgern sollte ein breiter Zugang zu einer qualifizierten Anlageberatung ermöglicht werden. Jeder Bürger sollte selbst entscheiden können, welches Modell ihm und seinen Bedürfnissen am besten gerecht wird. Die Koexistenz der Beratung auf Provisionsbasis und Honorarbasis sichert dies. Daher sollte die Politik die Rahmenbedingungen für beide Beratungsformen verbrauchergerecht und zukunftssicher ausgestalten.“



Kapitalmärkte

Besonderheiten eines deutschen Erfolgsmodells erhalten

Spezialfonds sind das etablierte Anlageprodukt für institutionelle Anleger in Deutschland



1.339.000.000.000 €

werden in Spezialfonds in Deutschland verwaltet. Sie sind das Anlageprodukt für Versicherungsgesellschaften, Altersvorsorgeeinrichtungen, produzierende Unternehmen, Kreditinstitute, Kirchen, Stiftungen und Verbände sowie sonstige institutionelle Anleger.¹²

Positionen zur Bundestagswahl 2017

Spezialfonds sollten vor regulatorischen Kollateralschäden bewahrt werden

Spezialfonds sind klassische Anlagevehikel für deutsche institutionelle Anleger. Sie machen mit einem Volumen von über 1.339 Milliarden Euro mehr als 50 Prozent des in Deutschland verwalteten Fondsvolumens aus. Fondsgesellschaften führen Spezialfonds nach besonderen deutschen investimentrechtlichen Vorschriften und getrennt vom Vermögen der Fondsgesellschaft und der Verwahrstelle. Aufgrund hoher Berichtsstandards erhalten Anleger jederzeit Informationen über ihre Vermögensanlage.

Rechtlich gesehen fallen Spezialfonds allerdings unter die Produktfamilie der „Alternativen Investmentfonds“. Dies hat eine regulatorische Ansteckungsgefahr zur Folge. Der EU-Gesetzgeber wollte ursprünglich Vorschriften für die bis dahin wenig regulierten Hedgefonds und Private-Equity-Fonds schaffen. Statt diese beiden Fondsarten positiv zu beschreiben, wurde eine Negativdefinition geschaffen. Danach sind alles „Alternative Investmentfonds“, was nicht der Kategorie der Richtlinie über Organismen für die gemeinsame Anlage in Wertpapieren (OGAW)

zugeordnet werden kann. Dies hat in vielen EU-Staaten keine Auswirkungen, da dort Spezial- und Offene Immobilienfonds nicht verbreitet sind. Anders bei uns. Mit dem Erlass der Richtlinie wurde Deutschland in Europa zugleich zum größten Markt für Alternative Investmentfonds.

Dieser pauschale Ansatz führt in der politischen Wahrnehmung in der EU häufig dazu, dass Spezialfonds mit Hedgefonds gleichgesetzt werden. Diese Tendenz ist beziehungsweise war bei diversen EU-Initiativen zu beobachten. Sie führt zu einem rechtlichen Ansteckungsrisiko der Spezialfonds zum Beispiel im Rahmen der Gesetzgebung („Hedgefonds gemeint – Spezialfonds getroffen“). Dies ist weder sach- noch interessengerecht. Ende 2015 gab es in Deutschland Hedgefonds mit einem verwalteten Volumen von lediglich 2,85 Milliarden Euro¹³ gegenüber einem Volumen an Spezialfonds von insgesamt circa 1.339 Milliarden Euro.

„Die Vertiefung der Kapitalmärkte ist neben der leistungsfähigen Ausgestaltung der Kreditmärkte wesentlich für die weitere Entwicklung des europäischen Binnenmarktes. Die deutsche Politik sollte sich aktiv für den Abbau sachlich unbegründeter regulatorischer Barrieren einsetzen. Beispielsweise sollten Spezialfonds eine sinnvolle Abgrenzung der Regulierung zu sonstigen Alternativen Investmentfonds, wie etwa Hedgefonds, erfahren.“



Finanzmarktstabilität

Gezielte Regulierung verbessert Stabilität und vermeidet volkswirtschaftliche Schäden

Fondsindustrie und Regulierung

Anzahl der EU-Rechtssetzungsakte mit Relevanz für die Fondsbranche seit 2011

39

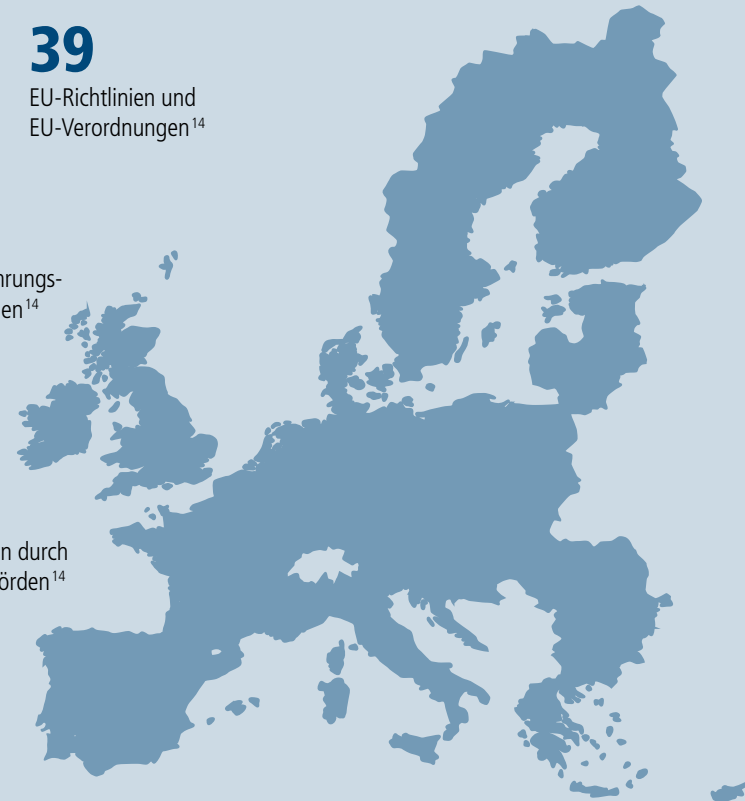
EU-Richtlinien und EU-Verordnungen¹⁴

305

EU-Durchführungsbestimmungen¹⁴

232

Konkretisierungen durch EU-Aufsichtsbehörden¹⁴



In der EU sind 55.550 Investmentfonds zugelassen, und das verwaltete Gesamtvermögen von 11.335 Milliarden Euro wird durch 3.300 Fondsgesellschaften verwaltet.¹⁵

Positionen zur Bundestagswahl 2017

Finanzmarktregulierung sollte gezielt und verhältnismäßig wirken

Wir befinden uns in einer herausfordernden Phase der weiteren Entwicklung des Finanzmarktes. Nach einer Zeit der breit angelegten Regulierung sind die neuen gesetzlichen Anforderungen in der praktischen Anwendung.

Einige Gesetzgebungsverfahren laufen noch, weitere stehen bevor. Hierbei sollte die Chance für eine zielgerichtete und verhältnismäßige(re) Regulierung genutzt werden. Diese sollte das Geschäftsmodell des Regulierungsadressaten, dessen Produkte und Dienstleistungen und damit verbundene Risiken einbeziehen. Zum Beispiel lassen sich lokal und regional agierende Kreditinstitute nicht mit international agierenden Großbanken vergleichen.

Dieser Differenzierungsansatz trifft ebenso auf die Regulierung von Fondsgesellschaften und offene Investmentfonds zu. Offene Investmentfonds sind zum Beispiel keine Schattenbanken. Sie betreiben keine Geschäfte im Dunkeln.

Im Gegenteil: Basis der Regulierung sind die Richtlinie über Organismen für die gemeinsame Anlage in Wertpapiere (OGAW), die seit 1985 ständig fortentwickelt wurde, zuletzt durch die OGAW V-Richtlinie im Jahr 2014 sowie die Richtlinie über die Verwalter Alternativer Investmentfonds (AIF) aus dem Jahr 2011.

Fondsgesellschaften sind zudem nicht systemrelevant. Sie verwalten die Vermögensgegenstände des Investmentfonds treuhänderisch und handeln auf Rechnung der Investmentfondsanleger. Die Vermögensgegenstände des Investmentfonds werden bei einer unabhängigen Verwahrstelle verwahrt. Das Verwaltungsrecht kann auf einen Dritten übertragen werden. Der etwaige Ausfall einer Fondsgesellschaft kann daher unabhängig von ihrer Größe grundsätzlich kein systemrelevantes Risiko begründen. In Bezug auf Investmentfonds sind in die Analyse und Bewertung eines systemrelevanten Risikos bereits die bestehende Regulierung und die Marktdaten einzubeziehen.

„Die Regeln für die Finanzmärkte sind weiterzuentwickeln. Risiken für Stabilität, Wachstum und Wettbewerb sind zu vermeiden. Die Politik sollte sich an dem Zielbild der qualitativ besseren Rechtsnormen orientieren. Auf der Grundlage von evidenzbasierter Rechtsetzung sollte die Wirksamkeit von Gesetzen weiter erhöht werden. Gleichzeitig sollte das Prinzip der Verhältnismäßigkeit weiter gefördert werden: im Interesse einer nachhaltigen, langfristigen Sicherung eines leistungsfähigen und vielfältigen Finanzmarktes.“

Impressum

Herausgeber
Union Asset Management Holding AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 069 2567-2066 oder -2235
E-Mail: Public.Affairs@union-investment.de
Internet: www.union-investment.de

Redaktion: Abteilung Vorstandsstab, Public Affairs
Union Investment (V. i. S. d. P.)

Layout/Grafik: Profilwerkstatt GmbH, Darmstadt

Druckstücknummer: 006260 09.16

Druck: Malich GmbH, Frankfurt

Bildnachweise: Gettyimages/robertharding (Titel)

Quellen:

- 1) Bundesministerium der Finanzen (Webseite BMF)
- 2) BVI 2016. Daten. Fakten. Perspektiven, S. 12
- 3) BVI-Wertentwicklungstabelle, Wertentwicklung Einmalanlage – Fondskategorien zum Stichtag 31.07.2016 (Webseite BVI)
- 4) Union Investment, eigene Berechnung auf Basis der Daten: BVI 2016. Daten. Fakten. Perspektiven, S. 12 und Statistisches Bundesamt (Zahlen per 31.12.2015, Webseite DESTATIS)
- 5) Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Statistik zur privaten Altersvorsorge, 31.05.2016 (Webseite BMAS)
- 6) Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Statistik zur privaten Altersvorsorge, 31.05.2016 (Webseite BMAS)
- 7) Deutsche Rentenversicherung, RVaktuell Heft 3/2015, S. 58
- 8) Union Investment, Stand 30.06.2016, eigene Berechnungen auf Basis folgender Annahmen:
 - Mustersparer UniProfiRente
 - Einzahlungen und Zulagen gemäß Riester-Förderung für ein Bruttoeinkommen von jeweils 40.000 Euro, Einzahlungen zum Erhalt der maximalen Zulagen
 - Familie: 2 Erwachsene mit 2 Kindern (Kinder geboren 1997 und 2001, ein rentenversicherungspflichtiges Einkommen); Single ohne Kinder
 - Vertragsbeginn jeweils am 01.01.2002 (Einführung Riester-Rente), Laufzeit bis zum Beginn der Auszahlphase bei Vertragsabschluss: 30 Jahre
 - Als Aktienfonds wurde UniGlobal bis zum 31.07.2015 berücksichtigt, ab dem 31.07.2015 UniGlobal Vorsorge, als Rentenfonds durchgehend UniEuroRenta
 - Kosten UniGlobal/UniGlobal Vorsorge/UniEuroRenta: Ausgabeaufschlag: 5%/5%/3%, Verwaltungsvergütung: 1,2%/1,2%/0,6%, Depotgebühr: 10,12 Euro p. a., seit 2014 13,50 Euro p. a.
 - Monatliche Einzahlungen, Zulage fließt im Mai, Depotgebühren werden im Dezember belastet
 - Die Darstellung der Zeiträume weicht von den BVI-Wohlverhaltensregeln ab
 - Die Rückrechnung veranschaulicht die Ergebnisse in der Vergangenheit für das oben dargestellte Beispiel. Andere Konstellationen können zu anderen Ergebnissen führen. Zukünftige Ergebnisse können sowohl niedriger als auch höher ausfallen
- 9) TNS Infratest 2015, Blickpunkt Vertriebswege
- 10) BaFin, Jahresbericht 2015, S. 161
- 11) FCA, Financial Advice Market Review, Final Report, March 2016, S. 19 ff.
- 12) BVI 2016. Daten. Fakten. Perspektiven, S. 13
- 13) BaFin, Jahresbericht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen 2015, S. 254
- 14) BVI, Präsentation zur Jahrespressekonferenz 2016, S. 13 (Webseite BVI)
- 15) EFAMA, FACT BOOK 2015, S. 7, 12; EFAMA, Asset Management in Europe, April 2015, S. 30

Rechtliche Hinweise

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Asset Management Holding AG nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann. Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der Verfasser jedoch nicht ein.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seiner Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen 19. September 2016, soweit nicht anders angegeben. Editorial zum 1. September 2017 angepasst.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Asset Management Holding AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de



Wirtschaft

Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Die Finanzierung von Infrastruktur, Digitalisierung sowie der nachhaltigen Ausrichtung des Wirtschaftsstandorts ist sicherzustellen. Hierzu ist eine Stärkung privater und öffentlicher Investitionen erforderlich. Die Erarbeitung von Finanzierungsmöglichkeiten bedarf eines umfassenden Ansatzes. Alle wesentlichen Akteure sollten berücksichtigt werden. Auf der Kapitalseite sind dies Banken, Versicherer und Fondsgesellschaften.



Soziale Sicherheit

Die demografische Entwicklung und die Auswirkungen auf die gesetzliche Rentenversicherung erfordern eine zusätzliche Altersvorsorge. Das bestehende Drei-Säulen-Modell ist zukunftsfähig. Für private Altersvorsorgeprodukte wird durch die Einführung des Produktinformationsblattes ab 2017 die Kostentransparenz erhöht und der Wettbewerb verschärft. Das System der Altersvorsorge bedarf jedoch der Weiterentwicklung. Bei privaten Altersvorsorgelösungen sollte beispielsweise bei Riester-Verträgen keine Anrechnung auf die Grundsicherung erfolgen, Fördergrenzen sowie Zulagen sollten angehoben und der Kreis der Förderberechtigten sollte erweitert werden.



Verbraucherschutz

Allen Bürgern sollte ein breiter Zugang zu einer qualifizierten Anlageberatung ermöglicht werden. Jeder Bürger sollte selbst entscheiden können, welches Modell ihm und seinen Bedürfnissen am besten gerecht wird. Die Koexistenz der Beratung auf Provisionsbasis und Honorarbasis sichert dies. Daher sollte die Politik die Rahmenbedingungen für beide Beratungsformen verbrauchergerecht und zukunftssicher ausgestalten.



Kapitalmärkte

Die Vertiefung der Kapitalmärkte ist neben der leistungsfähigen Ausgestaltung der Kreditmärkte wesentlich für die weitere Entwicklung des europäischen Binnenmarktes. Die deutsche Politik sollte sich aktiv für den Abbau sachlich unbegründeter regulatorischer Barrieren einsetzen. Beispielsweise sollten Spezialfonds eine sinnvolle Abgrenzung der Regulierung zu sonstigen Alternativen Investmentfonds, wie etwa Hedgefonds, erfahren.

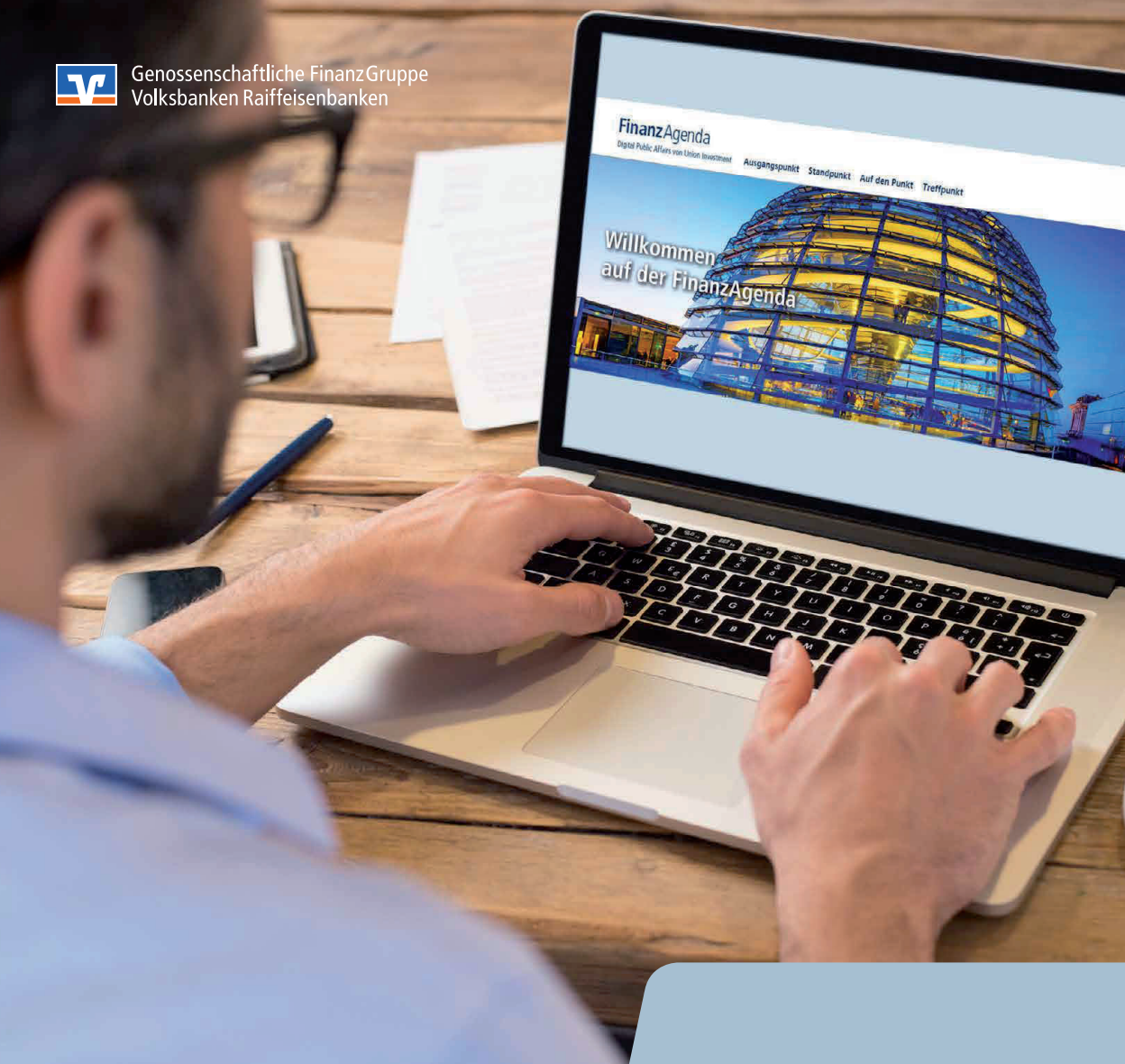


Finanzmarktstabilität

Die Regeln für die Finanzmärkte sind weiterzuentwickeln. Risiken für Stabilität, Wachstum und Wettbewerb sind zu vermeiden. Die Politik sollte sich an dem Zielbild der qualitativ besseren Rechtsnormen orientieren. Auf der Grundlage von evidenzbasierter Rechtsetzung sollte die Wirksamkeit von Gesetzen weiter erhöht werden. Gleichzeitig sollte das Prinzip der Verhältnismäßigkeit weiter gefördert werden: im Interesse einer nachhaltigen, langfristigen Sicherung eines leistungsfähigen und vielfältigen Finanzmarktes.



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



Hinterzimmer war gestern

Union Investment informiert politische Entscheider und Interessierte jetzt auch online mit Fakten, Hintergrundinformationen und Lösungsideen zu aktuellen finanzpolitischen Themen.

Transparent und fundiert. Erfahren Sie mehr: www.finanzagenda.de

FinanzAgenda

Digital Public Affairs von Union Investment